

Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt: Einstellungen zur Umwelt in Deutschland und Europa

Dittmann, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dittmann, J. (2006). Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt: Einstellungen zur Umwelt in Deutschland und Europa. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 36, 12-15. <https://doi.org/10.15464/isi.36.2006.12-15>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt

Einstellungen zur Umwelt in Deutschland und Europa

Die Umweltberichterstattung bezieht sich in aller Regel auf die faktischen Umweltbedingungen. Die subjektive Wahrnehmung und der persönliche Stellenwert der Umwelt, die wichtige Indikatoren für die gesellschaftliche Relevanz des Umweltproblems sind, werden selten untersucht. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend Fragen zum Stellenwert des Umweltzustandes in der Bevölkerung international vergleichend analysiert. Zunächst wird die Wahrnehmung der Umweltbedingungen im eigenen Land aus Sicht der Bürger der Europäischen Union betrachtet. Wie wird der Umweltzustand bewertet und welche Umweltprobleme werden in der Europäischen Union besonders stark wahrgenommen? Im nächsten Schritt wird auf den persönlichen Stellenwert der Umwelt, insbesondere im Vergleich zu wirtschaftlichen Faktoren eingegangen. Dabei wird auch untersucht, inwieweit materieller Wohlstand und Bildung den persönlichen Stellenwert von Umweltproblemen beeinflussen. Abschließend wird der Frage nachgegangen, inwieweit Umweltprobleme als grenzüberschreitende Probleme wahrgenommen werden, die entsprechend auf der Ebene der Europäischen Union zu lösen sind und wie groß die Bereitschaft in der Bevölkerung ist, der EU die Kompetenz für Umweltfragen zuzuweisen. Untersucht werden die genannten Einstellungsfragen zur Umwelt anhand von Daten der Eurobarometer-Erhebungen von 2002 und 2004.

Der subjektive Stellenwert, den die Bevölkerung einem Problem beimisst, stellt aus der Perspektive der Sozialindikatorenforschung einen zentralen Indikator für die gesellschaftliche Relevanz dieses Problems dar. Zunächst wird die Wahrnehmung des Umweltzustandes in den EU-Ländern beschrieben. Im Eurobarometer 62.1 des Jahres 2004 wurden die Bürger um eine generelle Einschätzung und um eine Bewertung des Umweltzustandes ihres Landes im Vergleich zum EU-Durchschnitt gebeten. Sowohl bei der allgemeinen als auch bei der vergleichenden Beurteilung schätzen 11% der EU-Bürger den Umweltzustand in ihrem Land als sehr schlecht ein (Tabelle 1). In den neuen Mitgliedsländern und in den südeuropäischen Ländern wird der Umweltzustand deutlich negativer bewertet als in den anderen Mitgliedsstaaten. Dies betrifft sowohl die allgemeine Bewertung des Umweltzustands als auch den Vergleich mit dem EU-Durchschnitt. Am schlechtesten fällt die Bewertung des Umweltzustandes in Ungarn aus. 60% der Ungarn sind der Meinung, dass der Umweltzustand ihres Landes viel schlechter als der EU-Durchschnitt ist. Danach folgen Malta, Griechenland und Portugal mit einem Anteil von 30-45%. Dagegen wird die Situation der Umwelt in den skandinavischen Ländern wesentlich positiver beurteilt. Weniger als 1% der Befragten in Finnland, Dänemark und Schweden schätzt die Umweltbedingungen im eigenen Land deutlich negativer ein als im europäischen Durchschnitt. Auch die Deutschen sehen den Zustand der Umwelt eher gelassen. Gerade einmal 2% der Deutschen sind der Meinung, dass die Situation der Umwelt in ihrem Land deutlich schlechter ist als im EU-Durchschnitt.

Die Mehrheit der EU-Bürger glaubt an verbesserte Umweltbedingungen in naher Zukunft. Im Durchschnitt der EU äußert sich die Hälfte der Bürger zuversichtlich, dass sich

der Umweltzustand in fünf Jahren verbessern wird (Tabelle 1). Besonders große Hoffnungen auf eine verbesserte Umwelt macht sich die Bevölkerung in den meisten Beitrittsländern der EU. In den baltischen Staaten (Litauen, Estland, Lettland), Polen und Malta geben mehr als 60% der Befragten an, dass die Situation der Umwelt in 5 Jahren besser sein wird als heute. Offensichtlich ist mit dem EU-Beitritt die Zuversicht auf eine Verbesserung der in diesen Ländern zum Teil sehr schwierigen Umweltbedingungen verknüpft. Zuversicht auf eine verbesserte Umwelt besteht aber auch in Schweden und Dänemark – und damit in

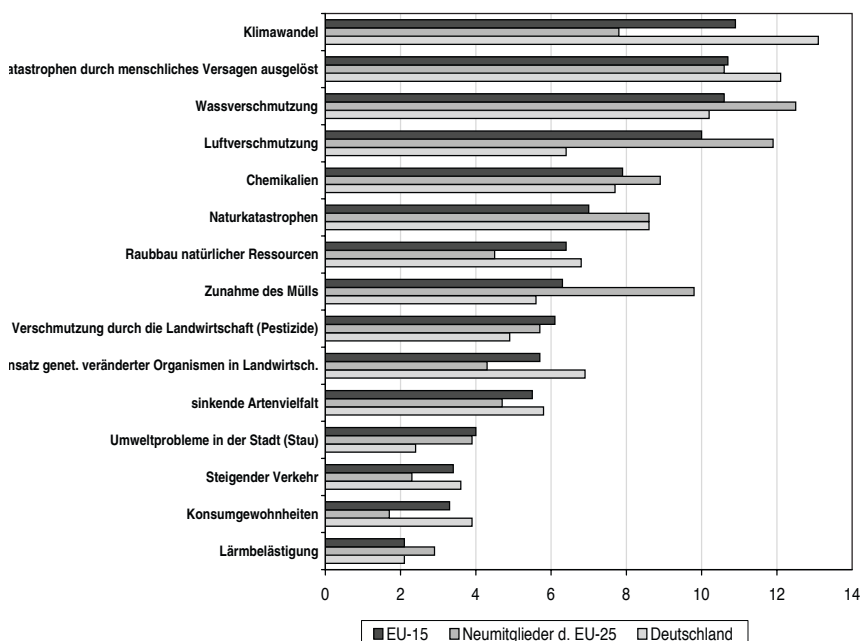
Ländern, in denen weniger Umweltprobleme bestehen und wahrgenommen werden.

Innerhalb der alten Mitgliedstaaten fällt die geringe Zuversicht in den südeuropäischen Ländern Portugal, Griechenland und Italien auf. Deutlich weniger als die Hälfte der Portugiesen (35%) und Griechen (40%) glaubt an eine Verbesserung des in diesen Ländern ohnehin als sehr problematisch wahrgenommenen Umweltzustandes. In Luxemburg, das als Stadtstaat besondere Umweltbedingungen aufweist, sowie in Österreich ist die Zuversicht auf verbesserte Umweltbedingungen ebenfalls nicht besonders ausgeprägt. Dies mag damit zusammenhängen, dass man mit dem gegenwärtigen Zustand sehr zufrieden ist. Auch in Deutschland, in dem die gegenwärtige Umweltsituation überwiegend positiv bewertet wird, geht die Mehrheit der Bevölkerung davon aus, dass sich der Umweltzustand zukünftig nicht wesentlich verbessern wird. Die Zuversicht auf verbesserte Umweltbedingungen ist in Ostdeutschland allerdings deutlicher ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies entspricht den im Vergleich zu Westdeutschland allgemein höheren Erwartungen in der ostdeutschen Bevölkerung an verbesserte Lebensverhältnisse in naher Zukunft.

EU-15 sorgen sich um Klimawandel, neue Mitgliedsländer um Wasser- und Luftverschmutzung

Betrachtet man einmal, welche Umweltprobleme innerhalb der EU wahrgenommen werden, so zeigt sich, dass sich die EU-Bürger im Durchschnitt vor allem um die „klassischen“ Umweltprobleme wie Wasser- und Luftverschmutzung sorgen sowie um nicht näher spezifizierte Umweltbelastungen, die durch

Graphik 1: Wahrgenommene Umweltgefährdungen in der EU



Indikator: „Bitte nennen Sie anhand dieser Liste die fünf Umweltaspekte, über die Sie sich die meisten Sorgen machen.“ Dargestellt ist jeweils der Prozentanteil an allen Nennungen.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Tabelle 1: Einschätzung des Umweltzustandes und der zukünftigen Entwicklung (in %)

	Beurteilung der Umweltsituation im Land ⁽¹⁾	Umweltzustand im eigenen Land im Vergleich zum EU- Durchschnitt ⁽²⁾	Situation der Umwelt im eigenen Land in 5 Jahren ⁽³⁾
	schlecht	Viel schlechter	Viel/etwas besser
Finnland	0,5	0,1	55,0
Luxemburg	2,0	1,6	39,5
Dänemark	2,2	0,7	60,1
Deutschland Ost	2,5	1,9	56,4
Österreich	2,6	1,7	38,2
Schweden	2,8	0,9	64,7
Estland	4,5	17,8	65,0
Deutschland West	5,5	1,7	48,2
Irland	6,1	11,0	55,5
Niederlande	6,8	2,7	52,4
Slowenien	7,4	5,3	57,9
Litauen	7,6	19,1	72,2
Zypern	8,8	16,7	51,1
Lettland	9,1	16,2	62,3
Belgien	9,3	8,8	59,2
Frankreich	9,6	6,2	51,6
Nordirland	9,8	6,6	54,8
Spanien	10,3	14,4	54,1
EU-25	11,0	11,1	50,2
Großbritannien	12,1	7,0	45,3
Tschechische Republik	12,4	16,0	52,9
Polen	13,8	21,0	63,9
Italien	15,8	12,2	41,4
Slowakei	18,3	21,8	48,5
Portugal	21,2	30,1	34,5
Griechenland	23,7	34,1	39,8
Malta	31,5	45,7	65,8
Ungarn	32,3	60,2	41,9

(1) „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste: sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht, sehr schlecht. Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“ (2) „Und sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation (im eigenen Land) Ihrer Meinung nach da besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union? Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“ (3) „Und wenn Sie an die nächsten fünf Jahre denken: Erwarten Sie, dass die Situation in den folgenden Bereichen viel besser, etwas besser, etwas schlechter oder viel schlechter sein wird als zur Zeit? Die Situation der Umwelt im eigenen Land.“

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

menschliches Versagen auftreten (Graphik 1). Dagegen ist die Sorge um die Artenvielfalt im Tier- und Pflanzenreich oder den Einsatz gentechnisch manipulierter Pflanzen in der Landwirtschaft im EU-Durchschnitt eher gering. Beim Vergleich der wahrgenommenen Umweltprobleme zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern fällt auf, dass die Bürger in den alten Mitgliedsländern für globale Umweltthemen wie den Klimawandel stärker sensibilisiert sind. Im Durchschnitt der EU-15 wird der Klimawandel gegenwärtig sogar als das wichtigste Umweltproblem genannt. Für die Gefährdung der Umwelt durch die Veränderung des Klimas sind die Bürger in den neuen Beitrittsländern hingegen deutlich weniger sensibilisiert. Diese Befunde können als Indiz dafür gesehen werden, dass sich in der Rangfolge der wahrgenommenen Umweltgefährdungen nicht nur faktische Umweltprobleme widerspiegeln. Welche Umweltprobleme in der Bevölkerung besonders stark wahrgenommen werden, hängt auch von deren Thematisierung in der Öffentlichkeit durch Politik und Medien ab. Möglicherweise sind die Sorgen hinsichtlich des

Klimawandels in den neuen Mitgliedsstaaten deshalb geringer als in den alten Mitgliedstaaten, weil sie hier weniger thematisiert werden. Mit der Luft- und Wasserverschmutzung sowie der Müllverschmutzung werden in den Beitrittsländern vornehmlich Umweltprobleme genannt, die in diesen Ländern faktisch stärker vorherrschen. In Deutschland sind abstrakte Umweltbedrohungen, wie die Sorgen um Naturkatastrophen und Klimawandel, wesentlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Europäischen Union. Geringer sind dagegen die Sorgen über städtische Umweltbelastungen und über Verschmutzungen durch die Landwirtschaft.

Umwelt für Lebensqualität in Deutschland weniger wichtig als in der EU

Eine weitere zentrale Frage zum Stellenwert des Umweltzustandes für die Lebensqualität basiert auf der Selbsteinschätzung, wie stark die Umwelt die eigene Lebensqualität beeinflusst. In der Eurobarometer-Umfrage 2004 gab die überwiegende Mehrheit der Befragten an, dass

der Umweltzustand die eigene Lebensqualität sehr (25%) oder ziemlich (47%) beeinflusst (Graphik 2). Der Anteil variiert allerdings beträchtlich zwischen den EU-Ländern.

Der Umwelt wird vor allem in den Ländern eine große Bedeutung für die Lebensqualität zugeschrieben, in denen vermehrt direkt erfahrbare Umweltbeeinträchtigungen – insbesondere Luft- und Wasserverschmutzung – wahrgenommen werden und zugleich der Zustand der Umwelt negativ beurteilt wird.¹ Dazu gehören insbesondere Griechenland, Malta, Slowakei, Litauen und Zypern. Eine Ausnahme von dieser Regel stellt Dänemark dar, wo trotz kaum wahrgenommener Umweltbeeinträchtigungen mehr als 45% der Befragten die Umwelt als sehr bedeutsam für die eigene Lebensqualität ansehen. In Deutschland halten nur etwas mehr als 17% der Bürger die Umwelt für sehr wichtig für die eigene Lebensqualität. Ähnlich gering sind die Werte nur in Nordirland (14%) und in den Niederlanden (15%).

Was den geringen Stellenwert der Umwelt in Deutschland anbelangt, so kann vermutet werden, dass es in den letzten Jahren zu Verschiebungen in der Gewichtung verschiedener Probleme gekommen ist und deshalb die persönliche Wichtigkeit der Umwelt abgenommen hat. Vergleicht man über die Jahre hinweg, wie oft der Umweltschutz von den Deutschen als dringendes Problem genannt wird, so zeigt sich insbesondere seit 2000 ein Rückgang der Umweltsorgen, während gleichzeitig die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt zunehmend sorgenvoll betrachtet werden.²

Wirtschaft wichtiger als Umwelt

Während im Abschnitt zuvor die absolute Wichtigkeit der Umwelt für die Lebensqualität untersucht wurde, ist in Tabelle 2 der persönliche Stellenwert der Umwelt im Verhältnis zu wirtschaftlichen Faktoren dargestellt. Im EU-Durchschnitt werden die wirtschaftlichen Faktoren für die eigene Lebensqualität höher bewertet als die Umweltbedingungen, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern zum Teil sehr groß sind. Der Stellenwert der Umwelt für die Lebensqualität gegenüber wirtschaftlichen Faktoren ist vor allem in den ost- und südeuropäischen Mitgliedsstaaten nachrangig.

Ein geringeres Wohlstandsniveau und ein entsprechender Mangel an materiellen Gütern dürfte erklären, warum der wirtschaftliche Aspekt insbesondere in den postkommunistischen Ländern einen höheren Stellenwert besitzt als der Umweltzustand. Umgekehrt ist der Stellenwert der Umwelt in den wirtschaftlich etablierten EU-Ländern mit hohem Wohlstandsniveau, wie Dänemark, Luxemburg und Schweden, besonders ausgeprägt.

Auch für Deutschland zeigt sich die Priorität wirtschaftlicher Aspekte gegenüber Umweltaspekten, wobei der Anteil derjenigen, die die

Tabelle 2: Bedeutung von Umwelt und Wirtschaft für die Lebensqualität (in %)

	Zustand der Umwelt ist ... als wirtschaftliche Faktoren		
	wichtiger	gleich wichtig	weniger wichtig
Portugal	6,2	71,3	22,5
Griechenland	7,2	69,8	22,9
Lettland	8,8	52,4	38,8
Litauen	9,3	66,1	24,6
Slowakei	9,5	45,9	44,6
Ungarn	9,8	64,0	26,2
Polen	11,4	48,0	40,6
Italien	11,4	62,2	26,5
EU-15	11,6	51,2	37,2
Estland	12,3	55,5	32,2
Zypern	13,0	48,8	38,2
Irland	13,7	60,1	26,3
Spanien	14,3	60,4	25,3
Slowenien	14,4	62,9	22,7
Tschechische Republik	15,4	44,6	40,0
Deutschland Ost	16,6	46,2	37,2
EU-25	17,0	54,8	28,2
Österreich	18,2	59,8	22,1
Niederlande	18,4	50,4	31,1
Belgien	19,4	49,6	31,0
Großbritannien	20,2	55,8	24,0
Malta	21,5	62,4	16,1
Deutschland West	21,8	49,9	28,3
Nordirland	21,9	54,5	23,6
Frankreich	23,4	51,5	25,1
Finnland	23,5	53,2	23,3
Schweden	26,7	46,2	27,1
Luxemburg	27,4	59,9	12,7
Dänemark	28,4	49,2	22,3

Indikator: „Was meinen Sie: Wie stark beeinflussen die folgenden Faktoren Ihre „Lebensqualität“ Der Zustand der Umwelt; Wirtschaftliche Faktoren.“ Dargestellt ist der Prozentteil der Fälle, die den Zustand der Umwelt als wichtiger, gleich wichtig oder weniger wichtig für die Lebensqualität einstufen als wirtschaftliche Faktoren.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Bedeutung der Umwelt für die Lebensqualität höher einschätzen, über dem EU-Durchschnitt liegt. Auffallend ist der im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich geringere Stellenwert der Umwelt in den neuen Bundesländern. Ein weiterhin zu beobachtendes Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland und verstärkte wirtschaftliche Probleme in den neuen Bundesländern dürften wichtige Gründe dafür sein, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland einen höheren Stellenwert als die Umwelt einnimmt.

Auf der Individualebene gibt es Belege für die bereits im Abschnitt zuvor anklingende Postmaterialismus- bzw. Luxusgutthese, demzufolge erst ab einem gewissen individuellen Wohlstandsniveau, bei der eine Sättigung materieller Bedürfnisse auftritt, die Umwelt einen zunehmenden persönlichen Stellenwert bekommt. Stellt man die finanzielle Zufriedenheit den Einschätzungen zur Bedeutung der Umweltpolitik gegenüber, so zeigt sich für Deutschland, dass bei hoher Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation die Umweltpolitik zunehmend an Bedeutung gegenüber Wirtschafts- und Sozialpolitik gewinnt.³ Neben der wirtschaftlichen Situation wird das Umweltbewusstsein auch von der Bildung bestimmt. Mit zunehmendem Bildungsgrad

steigt die Bedeutung der Umweltpolitik in der Bevölkerung, wobei das Bildungsniveau selbst mit der finanziellen Zufriedenheit korreliert.

Umweltschutz ist eine Aufgabe, an der unterschiedliche umweltpolitische Akteure beteiligt sind. Inwieweit die Bevölkerung der

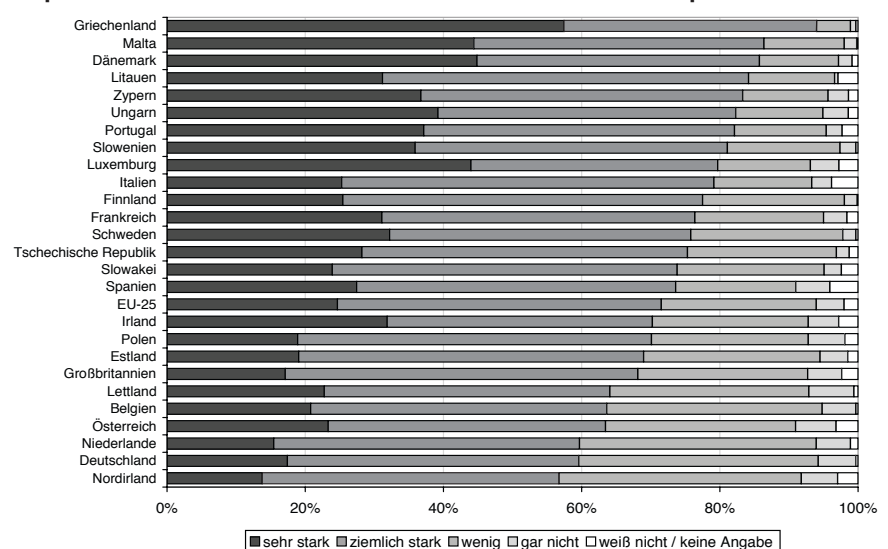
Meinung ist, dass der Umweltschutz auf der Ebene Europa angegangen werden soll, kann als Gradmesser dafür dienen, inwieweit Umweltschutz als grenzüberschreitendes Problem wahrgenommen wird.

Umweltpolitik soll auf EU-Ebene stattfinden

Gegenwärtig fällt das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik recht positiv aus. Neben der nationalen Regierung trauen die Bürger in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten vor allem der Europäischen Union zu, sinnvolle Lösungskonzepte im Bereich des Umweltschutzes zu entwickeln. In einem Antwortkatalog mit 5 möglichen umweltpolitischen Akteuren bei max. 2 Nennungen wurde in 25% aller Antworten die EU als wirksamste Entscheidungsebene für Fragen des Umweltschutzes gewählt. Genauso häufig wurde die nationale Ebene als Entscheidungsebene für Umweltschutz bezeichnet. Deutlich seltener wird die kommunale Ebene (21%) als angemessene Instanz zum Schutz der Umwelt genannt. Auch die Vereinten Nationen (UN) werden für die Lösung von Umweltfragen für weniger kompetent gehalten (12%). In Deutschland ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik überdurchschnittlich (32%) und wird nur noch von den Einschätzungen in den Niederlanden (38%), Malta (36%) und Belgien (35%) übertroffen. Besonders gering ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik in Litauen, Estland und Polen sowie im Vereinigten Königreich (Großbritannien und Nordirland) und Österreich. In den Beitrittsländern, insbesondere in Polen, in der Slowakei und in Estland ist dagegen das Zutrauen in eine kommunale Umweltpolitik viel stärker ausgeprägt.

Die Meinung, dass die Umwelt ein gesamteuropäisches Aufgabefeld darstellt, hat sich in den letzten Jahren in der EU nicht wesentlich geändert. Bereits in der Eurobarometer-Befragung aus dem Jahre 2002 wurde in den Ländern der damaligen EU-15 neben der nationalen Regierung vornehmlich die EU als wichtigste

Graphik 2: Wie stark beeinflusst der Zustand der Umwelt Ihre Lebensqualität?



Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004)

Entscheidungskompetenz betrachtet. Die EU wird innerhalb der Politik zwar als zentrale politische Entscheidungsebene für die Lösung von Umweltfragen gesehen, allerdings vertrauen die Bürger Europas generell stärker den Umweltschutzorganisationen (z.B. Greenpeace). Wenn es um Vertrauen bei der Vermittlung von Umweltthemen geht, rangiert die Europäische Union gleichauf mit den nationalen Regierungen und den Parteien, die sich speziell für die Umwelt einsetzen, und erst an vierter Stelle hinter Wissenschaftlern, Umweltschutzorganisationen und dem Fernsehen.

Betrachtet man die präsentierten Befunde in der Gesamtschau, so zeigt sich eine große Divergenz sowohl bei der Beurteilung der Umweltbedingungen im eigenen Land als auch beim persönlichen Stellenwert der Umwelt in der Bevölkerung der EU. Im Wesentlichen spiegelt sich sowohl in der subjektiven Bewertung des Umweltzustandes im eigenen Land als auch im persönlichen Stellenwert der Umwelt das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern wider. Insbesondere in den weniger wohlhabenden Beitrittsländern und den südeuropäischen Ländern der EU wird der Umweltzustand besonders schlecht beurteilt und der persönliche Stellenwert der Umwelt ist in diesen Ländern im Vergleich mit wirtschaftlichen Faktoren eher gering. Auffallend für die neuen Mitgliedsländer, insbesondere die baltischen Staaten, ist die Zuversicht, dass sich mit dem EU-Beitritt die Umweltbedingungen verbessern werden.

Allerdings wird in diesen Ländern die EU seltener als wirkungsvolle Entscheidungsebene zur Lösung von Umweltproblemen erachtet als im EU-Durchschnitt.

In den skandinavischen Ländern spielt die Umwelt eine deutlich gewichtigere Rolle als im übrigen Europa. In Dänemark, Finnland und Schweden werden die dort herrschenden Umweltbedingungen überwiegend gut bis sehr gut bewertet. Zugleich wird auch der Stellenwert der Umwelt für die eigene Lebensqualität in diesen Ländern höher eingeschätzt und die EU überdurchschnittlich häufig als zentrale politische Entscheidungsebene zur Lösung von Umweltproblemen gewünscht. Die Deutschen gehen überwiegend gelassen mit dem Umweltthema um, was sich in einer positiven Wahrnehmung des gegenwärtigen Umweltzustandes äußert. Zudem ist das Zutrauen in eine europäische Umweltpolitik überdurchschnittlich groß. Gleichwohl hat die Umwelt für die Lebensqualität sowohl im internationalen Vergleich als auch im Vergleich zu wirtschaftlichen Faktoren keinen besonderen Stellenwert.

Die Vermutung, dass der persönliche Stellenwert der Umwelt vom Wohlstand abhängt, bestätigt sich im Ländervergleich und auf der Individualebene. Der subjektive Stellenwert der Umweltpolitik steigt mit dem Bildungsniveau und der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation.

Für die neuen Mitgliedsländer bleibt abzuwarten, ob sich die Umweltbedingungen in diesen Ländern zukünftig verbessern werden, welche Rolle dabei die europäische Umweltpolitik spielt und wie sich dies in den subjektiven Bewertungen in der Bevölkerung niederschlägt.

- 1 Der positive Zusammenhang zwischen Bedeutung der Umwelt für die Lebensqualität und negativer Bewertung des Umweltzustands ist in Griechenland, Malta, Slowakei, Litauen, Zypern sowie in Belgien, Frankreich und den Niederlanden signifikant.
- 2 Die Längsschnittdaten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) zeigen für Deutschland, dass die Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Land und die Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Zeitraum zwischen 2001 und 2005 gestiegen sind, während die Bedeutung des Umweltschutzes abgenommen hat.
- 3 Der Einfluss der finanziellen Situation auf das Umweltbewusstsein bestätigt sich auch im Hinblick auf die Wichtigkeit der Umwelt für die Lebensqualität im Ranking mit wirtschaftlichen Faktoren auf der Individualebene unter Kontrolle von Bildung, Geschlecht, Alter, Gemeindegröße, Links-Rechts-Einstufung in 19 von 25 EU-Ländern (nicht dargestellt).

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**

Tel.: 0621 / 1246-248

dittmann@zuma-mannheim.de

Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich

Institutionelle Hilfeangebote, individuelle Aktivitäten und soziale Netzwerke – Buchhinweis

Die breite Diskussion über die Hartz-IV-Reform und die Reformen dieser Reform hat die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit verstärkt auf den unteren Einkommensbereich fokussiert. Auch wenn sich die Diskussion dabei vor allem auf die Frage konzentriert, wie Arbeitslosengeld II-Empfänger wieder in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können und damit aus dem ALG II-Bezug aussteigen, so besteht doch eine enge Verbindung zur Fragestellung dieses Buches, die sich auf die Ausstiege aus dem Niedrigeinkommensbereich richtet. Als Datenbasis dient das so genannte Niedrigeinkommenspanel (NIEP), dessen sechs Wellen halbjährlich, beginnend zum Jahreswechsel 1998/99 bis 2002, erhoben wurden. Der Niedrigeinkommensbereich wurde in dieser Datenbasis mit etwa 150% der jeweiligen haushaltsgrößenspezifischen Sozialhilfeschwelle abgegrenzt. Dies entspricht ungefähr dem unteren Quintil der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen. Damit liegt diese Grenze zwar höher als die ALG II-Schwelle, aber die Ergebnisse dürften auch für die gegenwärtige Diskussion relevant sein. Untersucht werden institutionelle Hilfen der (damaligen) Bundesanstalt für Arbeit und die Bedeutung von Eigeninitiative sowie von sozialen Netzwerken. Auf die nicht unerheb-

lichen Hilfen der freien Wohlfahrtsverbände wird allerdings nicht eingegangen. Bei den Bezugspersonen der Haushalte wird zwischen Arbeitslosen, Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbspersonen unterschieden und jeweils der gesamte Haushaltskontext berücksichtigt.

Als zentrale Ergebnisse der methodisch sauber gearbeiteten Studie, in der auch deutlich auf die Einschränkungen der Datenbasis hingewiesen wird, lassen sich festhalten: Ein großer Teil der Arbeitslosen zeigt viel Eigeninitiative zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Die Beratung der Bundesanstalt für Arbeit hat dagegen kaum geholfen. Fortbildung und Umschulung tragen kaum zum Wiedereinstieg bei, wenn dieses Ergebnis auch teilweise auf einem Selektionseffekt beruhen kann. Die Vermutung, dass die Arbeitsanreize durch die „hohen“ Sozialleistungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe so stark geschwächt würden, dass die Empfänger passiv bleiben und „gefordert“ werden müssen, kann für die weit überwiegende Mehrheit nicht bestätigt werden. Die sozialen Netzwerke helfen vielen Arbeitslosen zum Wiedereinstieg. Allerdings zeigt sich, dass der Ausstieg aus dem unteren Einkommensbereich häufig nur temporär ist oder nur knapp über die Niedrigeinkommens-

schwelle hinausführt. Dauerhafte Ausstiege und „große“ Aufstiege sind nur einer Minderheit – vor allem jüngeren Menschen mit besserer Ausbildung – möglich.

Wenn auch bei einer Übertragung dieser Ergebnisse auf die gegenwärtige Lage Vorsicht geboten ist, so ist diese Studie doch geeignet, Fehlurteile über die Arbeitslosen und die Niedrigeinkommensbezieher, die in der öffentlichen Diskussion und in der Politik verbreitet sind, zu korrigieren. Auch die auf die Überbetonung der monetären Arbeitsanreize verengte Sicht der Wirtschaftswissenschaften könnte hierdurch relativiert werden. Sozialwissenschaftler und Arbeitsmarktforscher werden die Studie mit Gewinn lesen.

Hans-Jürgen Andreß, Anne Krüger. Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich. Institutionelle Hilfeangebote, individuelle Aktivitäten und soziale Netzwerke. Berlin. Edition sigma, 2006, ISBN 3-89404-999-5, 156 Seiten, Preis EUR 12,90

■ **Richard Hauser, Universität Frankfurt am Main**

Tel.: 069 / 798-22564

R.Hauser@em.uni-frankfurt.de